

**Stadtvertretung - Protokoll der 6. Sitzung am 22. April 2021**

Aktenzahl d004.1-2/2020-16

Die Sitzung findet am Donnerstag, 22. April 2021, 19:05 Uhr, im Kulturhaus unter dem Vorsitz von Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann statt.

	<b>Partei</b>	<b>anwesende Stadtvertreter</b>	
1	VP	Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann, <b>Bürgermeisterin</b>	
2	VP	Julian Fässler, <b>Stadtrat</b>	
3	GRÜNE	Mag. Dr. Juliane Alton, <b>Stadtrat</b>	
4	VP	Marie Louise Hinterauer, <b>Stadtrat</b>	
5	SPÖ	Markus Fäßler, <b>Vizebürgermeister</b>	
6	FPÖ	Christoph Waibel, <b>Stadtrat</b>	
7	VP	Dr. Alexander Juen, <b>Stadtrat</b>	
8	GRÜNE	DI Martin Hämmerle, <b>Stadtrat</b>	
9	VP	Dr. Thomas Winsauer MBL	
10	NEOS	Wolfgang Fäßler	
11	VP	Mag. (FH) Karin Feurstein-Pichler, <b>Stadtrat</b>	
12	SPÖ	Severine Engel	online
13	GRÜNE	Vahide Aydin	online
14	VP	Mag. Dr. Hanno Lecher	
15	FPÖ	Walter Schönbeck	
16	VP	Melanie Forer-Pernthaler	online
17	GRÜNE	Aaron Wölfling	
18	VP	Guntram Mäser	online
19	SPÖ	<del>Dominik Steinwider</del>	Johanna Ortner - online
20	VP	Christina Rusch MSc	
21	NEOS	Günter Scrinzi	
22	GRÜNE	Ingrid Benedikt	
23	FPÖ	Astrid Pöltz	
24	VP	Mag. Jochen Weber	
25	VP	Helga Dünser	online
26	SPÖ	Banu Sevgi	online
27	VP	Josef Moosbrugger	online
28	GRÜNE	Mag. Dr. Manfred Hämmerle	
29	VP	DI Johannes Zangerl	
30	FPÖ	Wernfried Amann	online
31	VP	Johanna Klocker	online
32	GRÜNE	Susanne Fritz-Balint	

33	NEOS	Elisabeth Feuerstein	
34	SPÖ	Attila Sönmez	
35	VP	Stefanie Salzmann	online
36	VP	Simon Schwark BSc	

### **Anwesende "Auskunftspersonen"**

SAD Dr. Hanno Ledermüller

Mag. Sabine Sandholzer-Hämmerle - online

MMag. Elisabeth Fink-Schneider - online

Monika Thaler - online

DI Martin Assmann - online

Mag. Guntram Mathis

DI Hermann Wirth

Mag. Ralf Hämmerle

### **Schriftführerin**

Karin Rusch

Die VORSITZENDE berichtet einleitend, dass die Sitzung zum ersten Mal via Live-Stream übertragen werde und erläutert die Regeln, die dafür zu beachten seien.

Die VORSITZENDE stellt die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder der Stadtvertretung sowie ihre Beschlussfähigkeit fest.

### **Tagesordnung**

- 1 Berichte
- 2 Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung Gst.-Nr. 21310, Gebiet Baumgarten, KG Dornbirn - Entwurf
- 3 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle
- 4 Baubeschluss zum Wiederaufbau der Ausweichschule Fischbachgasse mit zusätzlichem Sportgeschoss
- 5 Kauf Tennishalle Haselstauden
- 6 Einberufung einer Klausur der Dornbirner Stadtvertretung zum Thema: Wie resilient ist Dornbirn? Als Basis zur Erstellung eines Masterplans für Dornbirn
- 7 Notstromversorgung für den Werkhof inkl. dem Heizwerk der Stadt Dornbirn
- 8 Überdachte Fahrradabstellanlage – Umsetzung
- 9 Beratung über Berichte des Prüfungsausschusses
- 10 Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung der Stadtvertretung vom 9. März 2021

11 Allfälliges

## **1 Berichte**

### **1.1 Bahnhof Dornbirn und Umgebung**

Über Mitteilung der VORSITZENDEN wird der Bericht der Abteilung „Gesundheit und Sozialplanung“ vom 30.3.2021 betreffend „Bahnhof Dornbirn und Umgebung“ zur Kenntnis genommen.

### **1.2 Petition Platane in der Schulgasse**

StR. Dr. Juliane ALTON berichtet, dass sie am 30. Jänner 2020 eine Petition betreffend die Platane in der Schulgasse an die Stadtvertretung übergeben habe. Sie vermisse noch die Beantwortung dieser Petition. Die Petentinnen und Petenten hätten einen Anspruch auf diese Antwort.

SAD Dr. Hanno LEDERMÜLLNER erläutert, dass das Thema anlässlich des Berichtes ausführlich in der Stadtvertretung beraten worden sei. Dazu habe es zahlreiche Positionierungen der Fraktionen gegeben. Diese seien im Protokoll der öffentlichen Sitzung dokumentiert und gleichzeitig als Antwort auf diese Frage zu verstehen, zumal es eine breite Zustimmung dazu gegeben habe.

## **2 Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung Gst.-Nr. 21310, Gebiet Baumgarten, KG Dornbirn - Entwurf**

Der Entwurf zur Verordnung über das Mindestmaß der baulichen Nutzung für das Gst.-Nr. 21310, Gebiet Baumgarten, KG Dornbirn, mit folgendem Inhalt wird beschlossen:

### **§ 1**

Diese Verordnung gilt nur für Flächen, die als Bauflächen gewidmet sind.

### **§ 2**

Für das Grundstücks Gst.-Nr. 21310, KG Dornbirn, wird das Mindestmaß der baulichen Nutzung mit einer Geschoszahl von 2 Geschossen festgelegt.

### **§ 3**

Diese Verordnung tritt mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(einstimmig)

### 3 Änderungen des Flächenwidmungsplans – Einzelfälle

#### 3.1 Änderung des Flächenwidmungsplans Gst.-Nr. 9059/7, Am Eisweiher, KG Dornbirn

Der Flächenwidmungsplan wird gemäß dem Plan vom 03.03.2021, Zl. d031.21-27-2019 beschlossen. Dabei ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW-Fläche m <sup>2</sup>
92001	Am Eisweiher 9059/7	Freifläche Freihaltegebiet	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungsfläche-Wohngebiet	945

Löschung der Ersichtlichmachung: Fußweg, Radweg (Planung) zwischen den Gst.-Nrn. 9059/7 und 9059/8.

Festlegung der Ersichtlichmachung: Fußweg, Radweg (Planung) zwischen den Gst.-Nrn. 9059/1, 9059/7 und 9058/5.

(einstimmig)

#### 3.2 Änderung des Flächenwidmungsplans Gst.-Nr. 9059/8, Am Eisweiher, KG Dornbirn

Der Flächenwidmungsplan wird gemäß dem Plan vom 03.03.2021, Zl. d031.21-28-2019 beschlossen. Dabei ergibt sich folgende Änderung:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW-Fläche m <sup>2</sup>
92001	Am Eisweiher 9059/8	Freifläche Freihaltegebiet	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungsfläche Wohngebiet	945

(einstimmig)

#### 3.3 Änderung des Flächenwidmungsplans Gst.-Nr. 21310, Gebiet Baumgarten, KG Dornbirn - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 12.03.2021, Zl. d031.21-6-2021 beschlossen. Daraus ergibt sich folgende Änderung:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW-Fläche m <sup>2</sup>
92001	Baumgarten 21310	Bauerwartungsfläche Wohngebiet	Baufläche Wohngebiet befristet, Folgewidmung: Bauerwartungsfläche Wohngebiet	648

(einstimmig)

### 3.4 Änderung des Flächenwidmungsplans Gst.-Nrn. 5692/1, 5692/3, Gebiet Bürgle, KG Dornbirn - Entwurf

Der Entwurf zur Änderung des Flächenwidmungsplans wird gemäß dem Plan vom 12.03.2021, Zl. d031.21-7-2021 beschlossen. Daraus ergeben sich folgende Änderungen:

KG	Gebiet Gst.-Nr.	Flächenwidmung-Bestand Ersichtlichmachung	Flächenwidmung-Änderung Ersichtlichmachung	FW-Fläche m <sup>2</sup>
92001	Bürgle 5692/1	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Baufläche Wohngebiet	114
	5692/1	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Baufläche Wohngebiet	12
	5692/1	Baufläche Wohngebiet	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	95
	5692/1	Verkehrsfläche Straßen	Baufläche Wohngebiet	7
	5692/3	Baufläche Wohngebiet	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	41
	5692/3	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Baufläche Wohngebiet	43
	19633	Freifläche Landwirtschaftsgebiet	Verkehrsfläche Straßen	5

(einstimmig)

### 4 Baubeschluss zum Wiederaufbau der Ausweichschule Fischbachgasse mit zusätzlichem Sportgeschoss

StR. Christoph WAIBEL berichtet, wie das Projekt zustande gekommen ist. Die Ausweichschule werde dringend benötigt. Man stecke in einem enorm engen Zeitkorsett, um diese Schule bis Herbst nächsten Jahres einzugsbereit zu haben. Er erläutert die wichtigsten Eckpunkte zum Bauvorhaben und zu den Kosten. Bei diesem Projekt sei eine Turnhalle eingeplant. Er danke allen Personen, die inkludiert waren und sind, die in Rekordzeit diese Dinge möglich gemacht haben.

Der **Antrag** laute:

In der 13. Sitzung des Stadtrates vom 16. März 2021 wird der Grundsatzbeschluss zum Wiederaufbau der Ausweichschule Fischbachgasse mit zusätzlichem Sportgeschoss vom 10. März 2021, Aktenzahl d211.018.GM-1/2016-2-4, einstimmig gefasst.

- Das Projekt basiert auf dem Entwurf der Abteilung Hochbau, Stadt Dornbirn, vom März 2021 (Entwurf basiert auf den Ausführungsplänen von 2009 - Neubau Ausweichschule, zusätzlich mit einem 3. Obergeschoss für Sport- und Bewegungsinfrastruktur).
- Ein Kostenrahmen von € 9.000.000,00 brutto auf Kostenbasis März 2021 wird festgelegt. In dieser Summe sind die Kostenbereiche 1 bis 9 gemäß ÖNORM B 1801-1 (+/-15%) enthalten. Das Projekt wird entsprechend dem Baukostenindex wertgesichert.
- Der Baubeginn wird mit September 2021 und die Baufertigstellung mit Juli 2022 festgelegt.

StR. Julian FÄSSLER merkt an, dass es eine Meisterleistung der Mitarbeiter war, in so kurzer Zeit die Pläne zu reaktivieren und um ein weiteres Stockwerk zu ergänzen. Alle Schulturnhallen seien ausgezeichnet gebucht. Eine weitere Sporthalle sei auch für die Vereinslandschaft in Dornbirn eine ganz hervorragende Nachricht. Es soll genau geprüft werden, ob Holz aus der Region verwendet werden könne.

StR. Dr. Juliane ALTON ist erfreut, dass mit großer Flexibilität und Schnelligkeit diese Pläne vorgelegt werden konnten. Sie gratuliere allen, die beteiligt waren. Im Moment sei die geplante Turnhalle keine Normturnhalle; dafür würden 50 cm Länge fehlen. Vielleicht ließe sich ohne große Planänderung eine Normturnhalle noch realisieren. Sie regt an, das noch zu versuchen. Gerade für die vielen Sportvereine wäre eine Normturnhalle besser.

Die VORSITZENDE merkt an, dass es keine Normschule und darum auch keine Normturnhalle sei. Das zusätzliche Angebot sei trotzdem ein ausgezeichnetes, sowohl für die Schüler als auch für die Sportvereine.

Vizebgm. Markus FÄSSLER bedankt sich ebenfalls bei der Hochbauabteilung für die super geleistete Arbeit und für das schnelle Vorlegen der Pläne. Sein Dank gelte auch der Feuerwehr und allen anderen, die bei der eingetretenen Katastrophe ausgezeichnete Arbeit geleistet haben. Er weist auf den Sanierungs- und Erweiterungsbedarf bei den Schulen hin. Der Wiederaufbau der Ausweichschule mit einer Turnhalle sei von größter Bedeutung. Wichtig sei, dass der Zeitplan mit Baufertigstellung 2022 eingehalten werde.

StV. Wolfgang FÄSSLER weist auf das Thema „Holz von hier“ hin. Es sei erfreulich, dass wieder in Holz gebaut werde. Die Erweiterung um die Turnhalle sei eine wesentliche Erleichterung. Auch die Nutzbarkeit für die Vereine sei zu befürworten. Er gratuliere allen, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben.

StV. Walter SCHÖNBECK merkt an, dass laufend Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Schulen durchgeführt würden.

Die VORSITZENDE führt aus, dass der von StR. Christoph WAIBEL vorgetragene **Antrag** im ersten Satz etwas angepasst worden sei. Es sei versehentlich ein Teil des Berichtes angeführt gewesen.

## **Beschluss**

Der Wiederaufbau der Ausweichschule Fischbachgasse mit zusätzlichem Sportgeschoss wird unter nachstehenden Rahmenbedingungen beschlossen:

- Das Projekt basiert auf dem Entwurf der Abteilung Hochbau, Stadt Dornbirn, vom März 2021 (Entwurf basiert auf den Ausführungsplänen von 2009 - Neubau Ausweichschule, zusätzlich mit einem 3. Obergeschoss für Sport- und Bewegungsinfrastruktur).
- Ein Kostenrahmen von € 9.000.000,00 brutto auf Kostenbasis März 2021 wird festgelegt. In dieser Summe sind die Kostenbereiche 1 bis 9 gemäß ÖNORM B 1801-1 (+/-15%) enthalten. Das Projekt wird entsprechend dem Baukostenindex wertgesichert.
- Der Baubeginn wird mit September 2021 und die Baufertigstellung mit Juli 2022 festgelegt.

(einstimmig)

## **5 Kauf Tennishalle Haselstauden**

Die VORSITZENDE erläutert die wichtigsten Eckpunkte.

StR. Julian FÄSSLER berichtet, dass der Tennissport boome. Dornbirn habe drei sehr engagierte Tennisvereine. Die 26 Freiluftplätze würden stark genutzt. Gerade im Winter seien Hallenplätze wichtig. Mit dem Kauf könne die Stadt langfristige Entwicklungen vorantreiben. Es sei noch eine Lösung zu erarbeiten, wie das ganze betrieben werden könne.

StR. Dr. Juliane ALTON ist überzeugt, dass das ein gutes Angebot an die Dornbirner Bevölkerung sei. Wenn die Stadt überlege, ein Gebäude zu kaufen, dann sei es wichtig, die notwendigen Informationen und Grundlagen dazu zu haben. Im Fall der Tennishalle betreffe das z. B. den baulichen Zustand, um Folgekosten besser abschätzen zu können. Ebenso wäre wichtig zu wissen, wie es mit der Abwicklung des Betriebes aussehe.

Vizebgm. Markus FÄSSLER begrüßt den Kauf der Tennishalle. Die Dornbirner Tennisvereine würden diese Halle dringend benötigen. Der Vorbesitzer habe in die Tennishalle u.a. eine Art Fußballplatz eingebaut. Er möchte wissen, ob dieser bereits entfernt worden sei und ob die Stadt die Möglichkeit habe, etwas Anderes in den Hallen unterzubringen. Es sei noch zu klären, wer die Halle pachten bzw. betreiben soll. Eventuell könne man mit einer Institution wie z. B. den Jugendwerkstätten zusammenarbeiten.

StR. Christoph WAIBEL spricht sich dafür aus, den Jugendlichen und Kindern jede Möglichkeit zur Sportausübung zu bieten. Der bauliche Zustand der Halle sei dem Alter entsprechend.

StR. Julian FÄSSLER merkt an, dass ein Konzept betreffend kleinerer Sanierungen entwickelt werde. Fußball habe man direkt auf dem Teppich gespielt. Er werde sich erkundigen, ob das Netz wiedererrichtet worden sei. Gerade im Winter benötige man die Halle. Es sei zu überlegen, wie die Halle im Sommer vielleicht anders genutzt werden könne. Das Thema Pächter müsse genau geprüft werden.

StV. Günter SCRINZI spricht sich ebenfalls für den Erwerb der Halle aus. Er verweist auf den geplanten Skaterplatz. Er regt an, in die Überlegungen zur Halle auch Toilettenanlagen miteinzubeziehen, die dann von anderen Vereinen wie z. B. den Skatern mitbenutzt werden können.

## **Beschluss**

Die Stadt Dornbirn erwirbt die auf Gst.-Nr. 9821/1 erbaute Tennishalle von Herrn Hristo Nishev zu einem Kaufpreis von € 315.000,00 netto unter gleichzeitiger Löschung der Baurechtseinlage.

Sämtliche mit diesem Rechtsgeschäft entstehenden Kosten, Gebühren und Steuern (ausgenommen Immobilienertragssteuer) trägt die Käuferin.

(einstimmig)

## **6 Einberufung einer Klausur der Dornbirner Stadtvertretung zum Thema: Wie resilient ist Dornbirn? Als Basis zur Erstellung eines Masterplans für Dornbirn**

Dieser TO-Punkt wurde über Antrag der NEOS Dornbirn – Schreiben vom 12. April 2021, eingelangt am 12. April 2021 – gemäß § 41 Abs. 2 GG in die Tagesordnung dieser Stadtvertretungssitzung aufgenommen.

Im gegenständlichen Schreiben wurde nachstehender Antrag an die Stadtvertretung formuliert:

„Aufgrund der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie wird von der Stadtamtsdirektion eine Klausur für die Stadtvertretung zum Thema: Wie resilient ist Dornbirn? organisiert. Am Vormittag sollen verschiedene ExpertInnen ihre Einschätzung über die Auswirkungen der Pandemie im Bereich der Gesellschaft, Wirtschaft und Infrastruktur für die Stadt Dornbirn vortragen. Am Nachmittag werden in Kleingruppen die notwendigen Schlüsse daraus formuliert. Nachfolgend werden die Themen in den einzelnen Arbeitsgruppen und Abteilungen in vertiefter Weise bearbeitet, um dann als Masterplan für zukünftige Entscheidungen zu dienen.“

StV. Elisabeth FEUERSTEIN erläutert, dass die NEOS in ihrem Antrag der Kompaktheit wegen nur die Pandemie als Bedrohungsbild thematisiert hätten. Die Veränderungen im Klima würden aber ebenfalls eine unvorstellbare Sprengkraft mit sich bringen, genauso wie ein plötzliches Wegbrechen vom elektrischen Strom. Absolute Alpträume für die heutige hochtechnisierte Gesellschaft. Resilienz werde gerne auch als „Stehaufmännchen-Kompetenz“ bezeichnet. Im übertragenen Sinn könnte der Antrag auch lauten „Ist unsere Stadt Dornbirn so organisiert, dass ein kräftiger Rempler des Lebens die Dornbirnerinnen und Dornbirner nicht komplett aus der Bahn wirft?“ Es gehe darum, Mut zu haben, Gewohntes vor anderen Hintergründen zu hinterfragen und neu zu beurteilen und dann, falls erforderlich, die Position zu verändern.



Die Fraktion habe einen Antrag formuliert und den anderen Fraktionsleitern weitergegeben, damit diese ihre Gedanken dazu einbringen können. Sie bedanke sich bei den Fraktionen dafür, dass sie das Thema aufgegriffen haben. Um nach schwierigen Situationen wie ein Stehaufmännchen wieder auf die Beine zu kommen, brauche es den Willen zur Zusammenarbeit.

In Zusammenarbeit mit den Fraktionen wurde sehr kurzfristig nachstehender Antrag formuliert.

### **Antrag**

Die Bürgermeisterin wird von der Stadtvertretung beauftragt, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus jeweils einem Vertreter der in der Stadtvertretung vertretenen Fraktionen, bis Ende Mai zum Thema Notfallpläne und Katastrophenszenarien der Stadt Dornbirn, einzuberufen.

In dieser Arbeitsgruppe werden die verschiedenen Katastrophen- und Notfallpläne vorgestellt und erläutert. In Zukunft sollen laufend, mindestens einmal im Jahr, die aktualisierten Maßnahmen der Gruppe vorgestellt werden.

Die VORSITZENDE merkt an, dass das Thema „Resilienz“ und das Thema „Wie widerstandsfähig und wie gut gerüstet ist eine Stadt und Gemeinde gegen verschiedene Einflüsse“ sehr wichtig sei. Der Katastrophenschutz sei ein Teilbereich dieser Themen. Es gehe um Resilienz, das Thema sei unglaublich breit. Man müsse sich in allen Bereichen gut aufstellen. Katastrophenschutz sei ein extrem wichtiges Thema, genauso wie Blackout-Szenario. Sie informiert ausführlich, was in Dornbirn bezüglich Katastrophenschutz ausgearbeitet bzw. umgesetzt wurde wie z. B. die Neugründung der Stabesatzleitung, Mitarbeiterschulungen, Aufrüstung des technischen Equipments, Risikeneinschätzungen, Notfallfolder für die Bevölkerung etc. Das Risiko Blackout sei neben dem Felssturz Breitenberg als Schwerpunkt für 2020 und 2021 festgelegt worden. Zum Thema Blackout in Dornbirn habe man bereits u. a. eine Masterarbeit verfasst und ein Schutzziel definiert. Das Thema sei sehr präsent und man werde intensiv daran weiterarbeiten. Es gehe darum, es den Fraktionen vorzustellen und diese Gruppe einzuberufen.

### **Beschluss**

Die Bürgermeisterin wird von der Stadtvertretung beauftragt, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus jeweils einem Vertreter der in der Stadtvertretung vertretenen Fraktionen, bis Ende Mai zum Thema Notfallpläne und Katastrophenszenarien der Stadt Dornbirn, einzuberufen.

In dieser Arbeitsgruppe werden die verschiedenen Katastrophen- und Notfallpläne vorgestellt und erläutert. In Zukunft sollen laufend, mindestens einmal im Jahr, die aktualisierten Maßnahmen der Gruppe vorgestellt werden.

(einstimmig)

## **7 Notstromversorgung für den Werkhof inkl. dem Heizwerk der Stadt Dornbirn**

Dieser TO-Punkt wurde über Antrag der NEOS Dornbirn – Schreiben vom 12. April 2021, eingelangt am 12. April 2021 – gemäß § 41 Abs. 2 GG in die Tagesordnung dieser Stadtvertretungssitzung aufgenommen.

StV. Elisabeth FEUERSTEIN merkt an, dass heute nicht darüber diskutiert werden müsse, ob diese Notstromversorgung sinnvoll sei oder nicht. Das sollen die Fachleute machen. Es gehe darum, dass das Projekt, das seit fünf Jahren in der Pipeline sei, umgesetzt werde. Sie stelle den

### **Antrag**

Die Stadtvertretung bittet die Verwaltung, ein Konzept für die Notstromversorgung für den Werkhof inklusive dem Heizwerk der Stadt Dornbirn auszuarbeiten und dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

StV. Walter SCHÖNBECK merkt an, dass er dem Antrag nicht zustimmen werde. Man habe zuvor einen Antrag bezüglich Katastrophenschutz und weitere Entwicklung beschlossen. Es stelle sich die Frage, was als Notstromversorgung genommen werde. Das sei Teil des Konzepts, das im vorigen Tagesordnungspunkt erläutert wurde. Er berichtet, dass das Land Vorarlberg für Vorarlberg einen hervorragenden Katastrophenschutz bezüglich Energieversorgung schon aufgebaut habe. Das Land habe genug Notstromaggregate, um Vorarlberg einige Tage versorgen zu können.

StR. Julian FÄSSLER merkt an, er werde nicht gegen den vorgebrachten Antrag argumentieren. Er verweist auf den Bericht „Energieversorgung der städtischen Gebäude und Anlagen in Notfällen“. In diesem Bericht gebe es eine Handlungsempfehlung. Darin komme der Werkhof und das städtische Heizwerk vor. Aber mit ebenso hoher Priorität seien noch weitere Projekte in anderen städtischen Gebäuden aufgelistet. Es soll jetzt nicht ein einziges Projekt herausgenommen werden. Er regt an, die Arbeitsgruppe, die im vorigen Tagesordnungspunkt beschlossen wurde, mit dem Thema zu befassen. Dort könne man die Dokumente gemeinsam durchgehen. Er stelle, abgestimmt mit anderen Kolleginnen und Kollegen, den

### **Antrag**

Die Notstromversorgung für den Werkhof inklusive dem Heizwerk der Stadt Dornbirn soll in der zuvor beschlossenen Arbeitsgruppe behandelt werden.

StR. Dr. Juliane ALTON merkt an, dass es im ersten Antrag darum gehe, genau hinzuschauen und zwar durch den Energieausschuss. Es brauche eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Energieausschuss und der neuen Arbeitsgruppe.

Vizebgm. Markus FÄSSLER merkt an, dass es eine Zuweisung in den Energieausschuss geben müsse. Auch in der neuen Arbeitsgruppe soll das Thema behandelt werden.

Die VORSITZENDE fasst zusammen, dass zwei Anträge vorliegen. Zum Ersten die Zuweisung in den Energieausschuss. Zum Zweiten die Behandlung in der neuen Arbeitsgruppe. Bei Einbringen des ersten Antrags habe es die Arbeitsgruppe noch nicht gegeben. Die Arbeitsgruppe werde sich mit diesen Themen und hauptsächlich mit der Blackoutvorsorge und den Katastrophenschutzplänen beschäftigen. Dort würden auch Studien vorgestellt, welche Notstromaggregate in welcher Priorisierung und Reihenfolge vorgesehen sind. Sie schlägt vor, die

Themen in der neuen Arbeitsgruppe vorzubehandeln und dann die energierelevanten Themen im Energieausschuss zu besprechen. Über diesen akkordierten Antrag wird schließlich abgestimmt.

## **Beschluss**

Die Notstromversorgung für den Werkhof inklusive dem Heizwerk der Stadt Dornbirn soll in der zuvor beschlossenen Arbeitsgruppe behandelt werden.

(einstimmig)

## **8 Überdachte Fahrradabstellanlage – Umsetzung**

Dieser TO-Punkt wurde über Antrag der Dornbirn GRÜNEN – Schreiben vom 12. April 2021, eingelangt am 13. April 2021 – gemäß § 41 Abs. 2 GG in die Tagesordnung dieser Stadtvertretungssitzung aufgenommen.

Im gegenständlichen Schreiben wurde nachstehender Antrag an die Stadtvertretung formuliert:

- a) Die Abteilung Hochbau wird damit beauftragt, die Fahrradbügel an der südseitigen Kirchenwand der Pfarrkirche St. Martin in Abstimmung mit dem Grundeigentümer mit einem Dach zu versehen.  
Die Bedeckung der geschätzten Kosten in der Höhe von € 25.000,00 ist auf der Haushaltsstelle 1/612000-001000/910 gegeben.
- b) Die Abteilung Hochbau wird damit beauftragt, beim südseitigen Eingang der Volksschule Schoren in Absprache mit dem Schuldirektor einen überdachten Fahrradabstellplatz zu errichten.  
Die Bedeckung der geschätzten Kosten in der Höhe von € 25.000,00 ist auf der Haushaltsstelle 1/612000-001000/910 gegeben.

StR. Dr. Juliane ALTON führt aus, dass es schon längst grundsätzlich politische Einigung darüber gebe, dass in Marktplatznähe ein überdachter Fahrradabstellplatz benötigt werde. Der Antrag ziele darauf ab, dass es jetzt eine Umsetzung gebe.

Grundeigentümer sei die Kirche. Die Vertreter der Kirche hätten ihr gegenüber geäußert, dass sie sich diesem Anliegen anschließen können. Es gebe eine innerkirchliche demokratische Vorgangsweise. Gestaltungsvorschläge würden im Pfarrkirchenrat diskutiert. Auch das Denkmalamt werde sich damit befassen.

Der Abstellplatz bei der Volksschule Schoren soll ehestmöglich umgesetzt werden.

Sie freue sich, dass der Antrag noch ergänzt werde. Es gebe noch einen großen Bedarf nach weiteren überdachten Fahrradabstellanlagen.

StR. Julian FÄSSLER berichtet, es werde gemeinsam daran gearbeitet, Lösungen zu finden, dass Dornbirn fahrradfreundlicher werde. Die Innenstadt soll mit drei weiteren großen Fahrradabstellanlagen attraktiver werden.

Er stelle den

## **Antrag**

- c) Die Abteilung Stadt- und Verkehrsplanung bereitet derzeit mögliche Standorte für drei große (überdachte) Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt vor: Eine kommend vom Bahnhof, eine kommend von der Stadtstraße bzw. dem Rathaus und eine kommend aus Süden von Richtung Hatlerdorf. Die Vorschläge sind dem Stadt- und Verkehrsplanungsausschuss bis spätestens Mai 2021 zur Diskussion vorzulegen. Es wird eine zeitnahe und schrittweise Umsetzung angestrebt.

StR. Julian FÄSSLER führt weiter aus, dass die Fraktion dem Punkt b) des Antrags zustimmen und dem Punkt a) nicht zustimmen werde. Die Fraktion sei nicht der Meinung, dass es richtig sei, eine Überdachung an diesem Baukörper direkt oder indirekt anzubringen. Zudem sei der Weg ein weiter. Es müsse zuerst der Pfarrkirchenrat in Dornbirn, dann die Diözese und in weiterer Folge das Bundesdenkmalamt damit befasst werden. Diese breite Abstimmung verzögere eine zeitnahe Realisierung.

StV. Wernfried AMANN begrüßt die neuerliche Initiative für überdachte Fahrradabstellplätze.

StV. Walter SCHÖNBECK führt aus, dass die Fraktion beide Anträge unterstützen werde. Er schlägt vor, die Abstellanlage nicht bei der Kirche, sondern in der Nähe des WC aufzustellen.

Vizebgm. Markus FÄSSLER berichtet, dass bereits viele kleine Fahrradabstellplätze in Dornbirn errichtet wurden. Seine Fraktion werde den weitergehenden Antrag der ÖVP auch unterstützen. Er schließe sich dem Vorschlag von StV. Walter SCHÖNBECK an. Er weist darauf hin, dass weitere Anlagen wie z. B. im Bereich Bahnhof auf der Rohrbacher Seite benötigt werden.

StV. Wolfgang FÄSSLER merkt an, dass grundsätzlich jeder Vorschlag geprüft werden soll. Er regt an, für bestimmte Möglichkeiten standardisierte Anlagen zu installieren; je nachdem wie es gebraucht werde. Die Fraktion werde beiden Anträgen zustimmen.

Die VORSITZENDE berichtet, dass bei der Neugestaltung des Kirchenparks intensive Gespräche zu einer überdachten Anlage geführt worden seien. Der Eigentümer hätte sich dagegen ausgesprochen. Es gebe eine gültige schriftliche Vereinbarung. Die Pfarre als Grundeigentümer habe nur eine Zustimmung für eine nichtüberdachte Fahrradabstellanlage gegeben. Die Stadt habe sich damals schon eine Überdachung gewünscht. Sie regt an, den Antrag a) zu ändern. Man könne die Abteilung Hochbau nicht beauftragen, etwas zu tun, was vereinbarungsgemäß nicht möglich sei. Daher soll das Amt mit der Prüfung beauftragt werden, ob an diesem Standort eine Realisierung möglich sei, gegebenenfalls soll das dort gleich umgesetzt werden.

StR. Dr. Juliane ALTON merkt an, dass nochmals Gespräche mit der Kirche geführt werden sollen. Es soll dem Pfarrkirchenrat ein Entwurf vorgelegt werden.

StR. Julian FÄSSLER berichtet, dass man in guten Gesprächen mit den ÖBB sei. Es werde zu einer massiven Aufstockung der Fahrradabstellplätze auf beiden Seiten der Gleise kommen.

Die VORSITZENDE schlägt vor, den **Antrag** im Punkt a) wie folgt zu ändern

- a) Das Amt der Stadt Dornbirn wird damit beauftragt, für eine Überdachung der Fahrradbügel an der südseitigen Kirchenwand der Pfarrkirche St. Martin mit den Grundeigentümern noch einmal Gespräche aufzunehmen und bei positiven Signalen einen Entwurf vorzulegen.

StR. Dr. Juliane ALTON erläutert, dass sie in ihrem Antrag bewusst die Abteilung Hochbau mit der Ausführung beauftragen wolle. Sie weist nochmals darauf hin, dass es jetzt um eine schnelle Umsetzung gehe.

Die VORSITZENDE erläutert, dass die Rechtsabteilung damals die Verträge ausgehandelt habe. Auf Basis dieser Verträge könne man mit dem Grundeigentümer nochmals Kontakt aufnehmen. Das sei Aufgabe der Rechtsabteilung. Daher habe sie die Formulierung „Das Amt der Stadt Dornbirn“ vorgeschlagen. Eine Umsetzung in absehbarer Zeit an diesem Standort erscheine ihr sehr vage. Man brauche für die Innenstadt schnell attraktive Standorte.

Die VORSITZENDE fasst die nächsten Schritte zusammen. Zuerst müsse mit den Grundeigentümern Kontakt aufgenommen werden. Es müsse geklärt werden, ob die bestehende Vereinbarung geändert werden könne. Abstimmung mit dem Grundeigentümer wäre die Diözese. Wenn ein Ja komme, könne in die Entwurfsplanung gegangen werden. Dann könne der Entwurf vorgelegt werden. Das Denkmalamt werde sich auch damit befassen.

StV. Walter SCHÖNBECK regt an, auch den südlichen Vorplatz, der sich im Eigentum der Stadt befinde, in die Diskussion aufzunehmen.

StR. Julian FÄSSLER schlägt vor, den **Antrag** im Punkt c) wie folgt zu ergänzen.

- c) Die Abteilung Stadt- und Verkehrsplanung bereitet derzeit mögliche Standorte für drei große (überdachte) Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt vor: Eine kommend vom Bahnhof, eine kommend von der Stadtstraße bzw. dem Rathaus und eine kommend aus Süden von Richtung Hatlerdorf. Zusätzlich soll eine Standortoption für eine überdachte Fahrradabstellanlage im Bereich Kirche St. Martin und Kirchenpark erarbeitet werden. Die Vorschläge sind dem Stadt- und Verkehrsausschuss bis spätestens Mai 2021 zur Diskussion vorzulegen. Es wird eine zeitnahe und schrittweise Umsetzung angestrebt.

StR. Dr. Juliane ALTON ergänzt, dass an der WC-Anlage ein Provisorium schon lange realisierbar gewesen wäre. Dass es nicht gemacht wurde, nehme sie als Zeichen, dass es nicht gewollt werde.

Die VORSITZENDE erläutert, dass zuerst über den neu formulierten Punkt c) und danach über die Punkte a) und b) abgestimmt werde.

### **Beschluss**

- c) Die Abteilung Stadt- und Verkehrsplanung bereitet derzeit mögliche Standorte für drei große (überdachte) Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt vor: Eine kommend vom Bahnhof, eine kommend von der Stadtstraße bzw. dem Rathaus und eine kommend aus Süden von Richtung Hatlerdorf. Zusätzlich soll eine Standortoption für eine überdachte Fahrradabstellanlage im Bereich Kirche St. Martin und Kirchenpark erarbeitet werden. Die

Vorschläge sind dem Stadt- und Verkehrsplanungsausschuss bis spätestens Mai 2021 zur Diskussion vorzulegen. Es wird eine zeitnahe und schrittweise Umsetzung angestrebt.

(einstimmig)

- a) Die Abteilung Hochbau wird damit beauftragt, die Fahrradbügel an der südseitigen Kirchenwand der Pfarrkirche St. Martin in Abstimmung mit dem Grundeigentümer mit einem Dach zu versehen.

(gegen 16 Stimmen der VP)

- b) Die Abteilung Hochbau wird damit beauftragt, beim südseitigen Eingang der Volksschule Schoren in Absprache mit dem Schuldirektor einen überdachten Fahrradabstellplatz zu errichten.

(einstimmig)

## **9 Beratung über Berichte des Prüfungsausschusses**

Der Bericht von StV. Mag. Dr. Manfred HÄMMERLE, Obmann des Prüfungsausschusses, über die 3. Sitzung des Prüfungsausschusses vom 16. März 2021, Punkt 2, betreffend „Einschau Werkhof (ohne Straßenmeisterei)“ wird von der Stadtvertretung zustimmend zur Kenntnis genommen.

StV. Mag. Dr. Manfred HÄMMERLE informiert, dass die Straßenmeisterei im Sommer geprüft werde.

StR. Dr. Juliane ALTON fragt nach, ob die Stadt Einnahmen aus der Litteringverordnung erhalten habe. Wenn man eine Verordnung schaffe, in der eine Strafe vorgesehen ist, dann sollte man das auch umsetzen. Man habe die Stadtpolizei und die Parküberwachungsorgane damit beauftragt; diese können Anzeige bei der BH erstatten. Sie wisse nicht, ob dieses Amt ausgeübt werde. Es werde viel weggeworfen. Insbesondere weggeworfene Zigarettenstummel stellen ein großes Problem dar. Was man unbedingt brauche, sei ein Pfand auf Getränkeverpackungen.

StV. Günter SCRINZI merkt an, es wäre dringend notwendig, ein neues Abfallwirtschaftszentrum und dort im Speziellen die Wertstoffsammlung, weiter zu forcieren. Er appelliere, dringend zu handeln, auch um die Situation beim Bauhof zu entschärfen.

Die VORSITZENDE berichtet, dass das intern prioritär als Projekt aufgesetzt worden sei. Die große Frage sei der Standort und die Grundstücksverfügbarkeit. Mit Hohenems sei man sowohl auf politischer als auch auf Verwaltungsebene in intensivem Kontakt. Die Notwendigkeit sei absolut bewusst.

StR. Christoph WAIBEL berichtet von Gesprächen mit Hohenems. Er weist darauf hin, dass mit Hohenems auch die Kostenbeteiligung zu verhandeln sei. Es bestehe Gesprächsbereitschaft.

DI Martin ASSMANN merkt an, dass die Standortsuche schon länger laufe und nicht einfach sei. Der Kontakt auf Planungsebene mit Hohenems sei bereits erfolgt.

## **10 Genehmigung des Protokolls der 5. Sitzung der Stadtvertretung vom 9. März 2021**

Das Protokoll über die 5. Sitzung der Stadtvertretung vom 9. März 2021 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

## **11 Allfälliges**

### **11.1 Parkplätze zwischen der Stadtbibliothek und der Stadthalle**

StV. Ingrid BENEDIKT berichtet, dass sich zwischen der Stadtbibliothek und der Stadthalle zwei Parkplätze befinden. Diese seien parallel zur Halle und zur Stadtbibliothek angeordnet. Der erste, vordere Parkplatz, der relativ knapp bemessen sei, sei für Menschen mit einem Handicap reserviert. Insbesondere für Menschen, die einen Rollstuhl benötigen sei dort zu wenig Platz vorhanden.

Sie ersucht um Prüfung. Eventuell könne man die Parkplätze drehen, dass der hintere, frei zugängliche Parkplatz den Menschen mit Handicap zur Verfügung gestellt wird.

### **11.2 Rappenloch**

StV. Wolfgang FÄSSLER erkundigt sich, ob durch die Nachsprengungen Mehrkosten entstanden seien. Er habe gehört, dass bei der Sprengung nicht alles gut funktioniert habe. Weiters ersuche er um Informationen zum aktuellen Stand der neuen Brücke betreffend Ausführung und Ausschreibung.

Vizebgm. Markus FÄSSLER berichtet, dass bei der Sprengung keine unüblichen Dinge festgestellt worden seien. Nachsprengungen habe es gegeben. Es kämen keine Zusatzkosten auf die Stadt zu. Die Brücke sei fixiert. Detailfragen würden im Ausschuss beantwortet.

Die VORSITZENDE ergänzt, dass die Nachsprengungen im normalen Rahmen gewesen seien.

DI Hermann WIRTH berichtet zum Verfahrensstand. Das Projekt wurde bei der BH eingereicht und sei derzeit im Vorprüfungsverfahren. Es sei zugesagt worden, in Bälde einen Verfahrenstermin auszuschreiben. Bevor kein genehmigtes Projekt vorliege, können auch keine Ausschreibungen gemacht werden.

### **11.3 Diverse Fragen**

StR. DI Martin HÄMMERLE habe verschiedene Fragen. Wie könne es sein, dass ein Skaterplatz mit positivem Baubescheid nicht gebaut werde, sondern ohne geprüfte Alternative verschoben

werde? Warum werde behauptet, dass die Kinder in die Mitte gehören, aber bei den Schulen notwendige Instandhaltungen wie z. B. ein Zaun, Fassaden, Fenster, die sich nicht öffnen lassen etc. nicht gemacht werden? Warum würden Konzepte wie z. B. Verkehrskonzept, Schulkonzepte entwickelt, die dann jahrelang in der Schublade schlummern oder nicht umgesetzt werden? Warum werde z. B. eine Grafikerin für eine Arbeit eingestellt, die man gut in private Hände auslagern könnte und nicht eine Person für das notwendige Gebäudemanagement? Es gebe noch viele weitere Fragen.

Die VORSITZENDE merkt an, sie lasse den Beitrag so stehen.

StR. Christoph WAIBEL berichtet zur angesprochenen Fassade Baumgarten. Der Schulwart habe versucht, die Fassade mit einem Kärcher zu reinigen. Das sei nicht ausreichend gewesen; eine reine Abwaschung werde nicht möglich sein. Eventuell müsse das Gebäude neu gemalt werden. Bezüglich des kaputten Zauns werde an einer Lösung gearbeitet. Beim Thema Facility-Management müsse etwas getan werden.

#### **11.4 Barrierefreiheit**

StV. Vahide AYDIN berichtet von Beschwerden, dass die Stadtapotheke nicht barrierefrei zugänglich sei. Sie fragt nach, ob es seitens der Stadt Bemühungen gegeben habe, mit der Stadtapotheke in Kontakt zu treten, dass der Eingangsbereich barrierefrei gestaltet wird. Es gebe sicherlich auch städtische – vor allem ältere, früher gebaute – Gebäude, bei denen diese Bautechnikverordnung nicht zu tragen gekommen sei. Sie möchte wissen, ob die Stadt daran denke, diese Gebäude barrierefrei nachzujustieren.

Die VORSITZENDE merkt an, dass die Situation bei der Stadtapotheke geprüft werde. Selbstverständlich achte man bei Nachjustierungen der Gebäude auf Barrierefreiheit. Der Anspruch sei da, dass möglichst überall Barrierefreiheit gegeben ist. Die Umsetzung bei den alten Gebäuden erfolge step by step.

#### **Ende der Sitzung**

21:44 Uhr

Die Schriftführerin  
Karin Rusch

Die Vorsitzende  
Bürgermeisterin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann